



Diskussionspapier zu dem integrierten Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus für den Kreis Düren

Das Projekt „NRWtoffen: Lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ wird gefördert durch:

NRWtoffen

demokratie
leben

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkung.....	3
2. Positionsbestimmung.....	4
3. Begriffsbestimmung	5
4. Extrem Rechte Organisationen, Vorfälle und Einstellungen im Kreis Düren	12
a. Rechtsextremismus im Kreis Düren	12
b. Rassismus im Kreis Düren.....	15
c. Rechtspopulismus im Kreis Düren.....	17
5. Strukturen im Bereich der Rechtsextremismus- und Rassismusprävention im Kreis Düren	18
a. Politik, Behörden, Polizei.....	18
b. Zivilgesellschaft	20
c. Beratungsstrukturen	21
d. Jugendarbeit.....	22
e. Bildung.....	24
f. Sport	26
6. Handlungsziele und Handlungsempfehlungen.....	28
a. Politik, Behörden, Polizei.....	28
b. Zivilgesellschaft, Bündnisse, Vereine, Sport.....	29
c. Beratungsstrukturen	30
d. Jugendarbeit.....	31
e. Schulen, Kitas, Erwachsenenbildung.....	32
f. Öffentlichkeitsarbeit.....	33

1. Vorbemerkung

Der Kreis Düren hat mit Beschluss des Kreistages am 14.12.2016 die Voraussetzung geschaffen, das Landesprojekt "Erstellung eines Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus" umzusetzen. Der Antrag an das Land NRW wurde mit dem Zuwendungsbescheid vom 07.03.2017 und dem Änderungsbescheid vom 11.05.2017 zum 01.02.2017 bewilligt.

Träger der Stelle ist der Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Düren (SKF Düren). Die inhaltliche Federführung liegt in den Händen der Sprecherkreismitglieder des Dürener Bündnisses gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt (BgR Düren). Zusätzlich wurde eine Steuerungsgruppe ins Leben gerufen, die aus Mitgliedern verschiedener Institutionen im Kreis Düren besteht und die Erarbeitung des Handlungskonzepts kritisch begleitet.

Das regionale Förderprogramm „NRWeltoffen“ sieht vor, ein lokales Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus für den Kreis Düren zu erarbeiten und umzusetzen. Dazu ist die Recherche, Analyse und Bereitstellung von Information über Gruppen und Akteure mit extrem rechter, antidemokratischer und menschenfeindlicher Gesinnung, die im Kreis Düren aktiv sind oder in den Kreis Düren hinein wirken notwendig. Darüber hinaus werden aber auch die Akteure, Maßnahmen und Aktionen erfasst, die sich bereits aktiv gegen solche Bestrebungen wenden und Präventionsarbeit leisten.

Die Ausarbeitung des Handlungskonzeptes ist als partizipativer Prozess angelegt und berücksichtigt die Erfahrungen und die Expertise verschiedener professioneller Akteure und ehrenamtlich arbeitender Initiativen, Bündnissen und Einzelpersonen. Bestehende Strukturen, Arbeitskreise, runde Tische und andere Systeme wurden aufgegriffen, um Handlungsfelder und Handlungsbedarfe zu identifizieren und möglichst umfassend in das Konzept zu integrieren. Dadurch soll gewährleistet werden, dass das Handlungskonzept an diejenigen Maßnahmen und Aktionen anknüpft, die im Kreis Düren bereits bestehen und sich bewährt haben. Auf diese Weise soll eine möglichst breite Beteiligung der Dürener Zivilgesellschaft sichergestellt werden.

Herausforderungen für die Erarbeitung des Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus sind sicherlich die räumliche Ausdehnung des Kreises Düren und dessen Lage. Bei der Arbeit auf Kreisebene begegnet man anderen politischen Strukturen als in einzelnen

Städten und Gemeinden. Teilweise liegen große räumliche Distanzen zwischen den Kommunen und es lassen sich unterschiedlich ausgeprägte Bedarfe und Maßnahmen in unterschiedlichsten Lebenswelten feststellen. Zudem liegt der Kreis Düren zwischen den umliegenden Kreisen Heinsberg, Rhein-Kreis Neuss, Rhein-Erft-Kreis, Euskirchen und der Städteregion Aachen. Durch die räumliche Nähe gibt es zahlreiche Verbindungen in die rechten Szenen der umliegenden Kreise, die schwer zu ermitteln sind und eine Grauzone darstellen.

2. Positionsbestimmung

Im Kreis Düren leben knapp 270.000 Menschen aus mehr als 130 Nationen miteinander. Angesichts der vielfältigen Wurzeln und Traditionen sind Respekt, Verständnis und Offenheit im alltäglichen Umgang unverzichtbar. Bereits seit 2006 arbeiten Friedensgruppen, Kirchen, Gewerkschaften, politische Parteien und antifaschistische Gruppen im Kreis Düren zusammen im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung sind Aufgaben staatlicher Organe wie der Polizei, den Verfassungsschutzbehörden und den Staatsanwaltschaften. In der kommunalpolitischen Verantwortung liegt es, das Gemeinwesen, also das Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationen, Religionen und Kulturen, zu fördern. Das lokale Gemeinwesen wiederum bietet die Möglichkeit der Mitgestaltung des persönlichen Umfelds und somit einer positiven Demokratieerfahrung. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Kommune und Zivilgesellschaft im Kreis Düren ist hierfür eine wichtige Voraussetzung.

Im Jahr 2009 hat der Kreis Düren die Auszeichnung als „Ort der Vielfalt“ erhalten. Die Verleihung erfolgt auf Initiative der Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium des Inneren und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Grundlage für die Auszeichnung war, dass der Kreis Düren sowohl auf institutioneller Ebene als auch im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements über eine hervorragende Infrastruktur verfügt, um ein deutliches Zeichen für Vielfalt, Toleranz und Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu setzen.

Dieses Handlungskonzept soll dazu dienen, die bürgerschaftliche Beteiligung zur Stärkung des Gemeinwesens und die gesamte demokratische Kultur weiterzuentwickeln und zu stärken.

Das gemeinsame Ziel ist eine Gesellschaft, die die Teilhabe aller Gruppen unserer Gesellschaft fördert und aktiv unterstützt.

Dies gilt insbesondere für alle Menschen, die einer der in der Charta der Vielfalt genannten „Diversity“-Dimensionen¹ angehören. Die Einbeziehung all dieser Menschen ist vor allem vor dem Hintergrund notwendig, dass rechtsextremistische Strömungen und Aktivist*innen diesen „Minderheiten“ elementare demokratische Rechte vorenthalten wollen.

3. Begriffsbestimmung

In dem Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus arbeiten wir mit verschiedenen Begriffen, deren Bedeutung unmissverständlich und einheitlich verstanden werden müssen. Daher ist es notwendig die zentralen Begriffe im Folgenden präzise zu bestimmen. Dazu sollen die Begriffe „Rechtsextremismus“, „Rassismus“, „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ und „Rechtspopulismus“ erklärt und erläutert werden. Die Definitionen orientieren sich an den Begriffsbestimmungen des „Integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ des Landes Nordrhein-Westfalen.

Rechtsextremismus

Der Begriff des Rechtsextremismus² ist eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Phänomene, die zwar viele Gemeinsamkeiten, aber auch einige Unterschiede aufweisen. In der Öffentlichkeit und der Wissenschaft kursieren verschiedene Bezeichnungen (z.B. „Rechtsradikalismus“, „Neo-Faschismus“, „Neo-Nazismus“, „Rechte“ etc.) die meist zu eng oder zu weit gefasst sind. Hinzu kommt, dass der Begriff in tagespolitischen Debatten oftmals als Kampfbegriff genutzt wird, wodurch die genaue Bedeutung in den Hintergrund gerät³. Daher ist eine möglichst präzise Definition notwendig.

Der Begriff Rechtsextremismus geht auf das Konzept des politischen Extremismus zurück, das wiederum als eine Sammelbezeichnung für antidemokratische Bestrebungen gilt, wobei der Demokratiebegriff synonym mit dem demokratischen Verfassungsstaat verstanden wird.

¹ Alter, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Behinderung, ethnische Herkunft und Nationalität, Religion und Weltanschauung

² Von einer weitreichenden sozialwissenschaftlichen Kritik am Begriff Rechtsextremismus wird an dieser Stelle abgesehen. Die Begriffe „Rechtsextremismus“ und „extreme Rechte“ werden im Konzept synonym verwendet. Der Begriff „extreme Rechte“ wird häufig als Alternative verwendet, um die definitorischen Unterschiede zu verdeutlichen.

³ Pfahl-Traughber, Armin (2006): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München, S. 11.

Darin werden unterschiedlichste politische Phänomene mit Verweis auf ihre strukturellen Gemeinsamkeiten bei der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates als extremistisch definiert. Politischer Extremismus definiert sich also in erster Linie durch die Ablehnung der freiheitlich demokratischen Grundordnung (fdGO) und wird u.a. von den Verfassungsschutzbehörden als Arbeitsbegriff verwendet. Für diese ist er hinreichend präzise, weil er sich auf ein abweichendes Verhalten von Vorschriften des Grundgesetzes und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes bezieht. Historische Bezugspunkte, Ursachen und Folgen der extremen Rechten sowie seine Bedeutung für gesellschaftlich-politische Prozesse und Strukturen lassen sich mit diesem Verständnis von Rechtsextremismus jedoch weniger fassen.⁴

Aus diesem Grund wird dem lokalen Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus ein erweitertes Verständnis des Begriffs zugrunde gelegt, welches in seinem Kern auf die Definition von Richard Stöss (2010) zurückgeht. Das Ziel ist es, in dem Konzept einen Rechtsextremismusbegriff zu verwenden, der in den vielfältigen Handlungsfeldern als Arbeitsgrundlage verwendet werden kann.

Dieser Rechtsextremismusbegriff zeichnet sich im Kern durch die folgenden Merkmale aus:

- die Verbindung von Nationalismus mit einem imperialistischen Großmachtstreben, bzw. mit einer feindseligen Haltung gegenüber anderen Staaten.
- die Negierung von universellen Freiheits- und Gleichheitsrechten.
- die Ausrichtung gegen parlamentarisch-pluralistische Systeme.
- das gesellschaftliche Leitbild einer angeblich natürlichen Überlegenheit einer imaginierten ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“.

Diese Punkte sind ausschließlich als Kernmerkmale zu betrachten. Eine einheitliche rechtsextreme Ideologie gibt es nicht. Stattdessen gibt es höchst unterschiedliche Sichtweisen und Begründungszusammenhänge, was zur Folge hat, dass es inhaltlich unterschiedlich ausgerichtete Gruppen und verschiedenste Erscheinungsformen in der Bundesrepublik gibt.

⁴ Vgl. Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Friedrich Ebert Stiftung. Projekt gegen Rechtsextremismus, Berlin, S. 10ff.

Es besteht jedoch die Möglichkeit, sich dem Phänomen anzunähern, indem auf einen Unterschied zwischen extrem rechten Einstellungen und Handlungen hingewiesen wird. Während für den amtlichen Begriff des Rechtsextremismus die Dimension der Handlungen von besonderer Bedeutung ist, spielen die Einstellungen gerade für die Sozialarbeit und politische Bildung eine besondere Rolle.

Mit Blick auf die Einstellungen lässt sich fragen, wie diese entstehen und unter welchen Bedingungen sie zu einer extrem rechten Handlung führen. Nur wenn diese und ähnliche Fragen in den Blick genommen werden, lassen sich geeignete Maßnahmen zur Prävention und Demokratieförderung entwickeln.

So zeichnen sich extrem rechte Einstellungen im Wesentlichen durch einen ausgeprägten Nationalismus, Ethnozentrismus, Antisemitismus und einen positiven Bezug auf den Nationalsozialismus oder dessen Verharmlosung aus. Das Verhalten von Personen ist dann als rechtsextrem zu bezeichnen, wenn es an politischen Inhalten der extremen Rechten ausgerichtet ist und sich in Protesten und Provokationen, Wahlverhalten, Partizipation oder Mitgliedschaft in entsprechenden Gruppen, Gewalt oder Terror manifestiert⁵.

Rassismus

Die Arbeit zu extrem rechten Einstellungen und Handlungen, sowie zu Rassismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen, nimmt im Landesprogramm NRWeltoffen einen besonderen Stellenwert ein. In diesem wird deutlich hervorgehoben, dass sich das Programm nicht ausschließlich gegen Rechtsextremismus wendet, sondern konkret auch Rassismus als Phänomen der „Mitte“ in den Blick nimmt.

Bevor man sich der Definition von Rassismus zuwendet, ist es notwendig darauf hinzuweisen, dass es keine wissenschaftliche Grundlage für die Einteilung von Menschen in Rassen gibt. Rassismus beruht nicht auf biologischen Fakten vor dessen Hintergrund sich Menschen in eindeutig definierbare Rassen einteilen ließen. Vielmehr handelt es sich bei Rassismus um eine soziale Praxis, bei der die vermeintlichen „Rassen“ erst hergestellt werden. Bestimmte körperliche Merkmale werden bedeutungsvoll aufgeladen und zu Merkmalen einer als „Rasse“ definierten Bevölkerungsgruppe gemacht. Untrennbar damit verbunden ist auch die

⁵ Vgl. ebd., S. 19ff.

Konstruktion des Gegensatzpaares „Wir“ und die „Anderen“ und die daran gekoppelte Zuschreibungen von Eigenschaften⁶.

Im deutschen Alltagsdiskurs wurde und wird Rassismus häufig als ein Phänomen beschrieben, das ausschließlich am rechten politischen Rand oder im Nationalsozialismus zu verorten sei. Rassismus wird als etwas dargestellt, das nicht Teil der deutschen Gesellschaft und politischen Kultur sei und auch nicht in einer institutionalisierten Form zum Ausdruck kommen kann. Er wird als etwas wahrgenommen, das nicht sein kann, weil es nicht sein darf⁷.

Anstelle des Begriffes Rassismus werden häufig Umschreibungen wie „Fremden-“, oder „Ausländerfeindlichkeit“ verwendet, die dem Rassismus in seiner Funktion jedoch nicht gerecht werden. Die Abwertung im Rassismus richtet sich tatsächlich nicht gegen „Ausländer*innen“, wie dies z.B. weiße US-Amerikaner*innen sein können. Zentrales Merkmal ist vielmehr die Abwertung von Menschen aufgrund ihres Aussehens, indem sie als „Fremde“ oder „Ausländer*innen“ wahrgenommen werden, unabhängig davon, ob diese Beschreibung tatsächlich zutrifft⁸. Dabei ist zunehmend zu beobachten, wie die ursprüngliche Differenzierung aufgrund von körperlichen Merkmalen, auch aufgrund von kulturellen Merkmalen wie z.B. religiöser Praktiken und Symbole vorgenommen wird. Diese kulturalistischen „Rassekonstruktionen“ sind in der Bundesrepublik ebenso zu beobachten, wie rassistische. Durch die soziale Konstruktion von Rassen werden Unterscheidungen plausibilisiert und legitimiert, die Ungleichheiten zur Folge haben⁹. Die Herabsetzung muss dabei nicht zwangsläufig intentional sein, genau so wenig, wie eine rassistische Diskriminierung zwangsläufig von negativen Absichten geleitet sein muss. Dies ist der entscheidende Unterschied zur extremen Rechten, die die Hierarchisierung in ein politisches Konzept überträgt, sie verschärft und die Durchsetzung der vermeintlich natürlich „Überlegen“ erreichen möchte¹⁰.

⁶ Vgl. Hoa Anh Mai, Hanna (2016): Was ist Rassismus? Was ist Alltagsrassismus? In: Detzner, Milena/Drücker, Ansagar/Seng, Sebastian (Hrsg.): Rassismuskritik. Versuch einer Bilanz über Fehlschläge, Weiterentwicklungen, Erfolge und Hoffnung. Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismus e.V.. Düsseldorf, S.

13.

⁷ Vgl. Linnemann, Tobias/Mecheril, Paul/Nikolenko, Anna (2013): Rassismuskritik. Begriffliche Grundlagen und Handlungsperspektiven in der politischen Bildung. In: ZEP. Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik. 36. Jg., Heft 2, S. 10.

⁸ Vgl. Hoa Anh Mai, S. 12

⁹ Vgl. Linnemann/Mecheril/Nikolenko, S. 11.

¹⁰ Vgl. Rommelspacher, Birgit (2009): Was ist eigentlich Rassismus? In: Melter, Claus/Mecheril, Paul: Rassismuskritik:

Bd. 1. Rassismustheorie und –forschung. Schwalbach: Wochenschau Verl., S. 25-38.

Diskussionspapier zum Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus für den Kreis Düren. (Stand: 04.04.2018).

Rassismus lässt sich demnach als ein System von Diskursen und Praxen definieren, welches historisch entwickelte und aktuelle Machtverhältnisse reproduziert und legitimiert. Im modernen Rassismus werden dabei soziale und kulturelle Unterschiede naturalisiert und als unveränderlich und vererbbar verstanden. Die Menschen werden vermeintlich homogenen Gruppen zugeordnet und einer anderen, mit dieser nicht vereinbaren und gegensätzlichen Gruppe gegenübergestellt. So werden sie zudem in eine Rangordnung gebracht. Damit ist Rassismus immer ein gesellschaftliches (Macht-)Verhältnis und wesentlich mehr als einfach nur eine Zusammensetzung individueller Vorurteile¹¹.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Mit dem Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ wird die Verbreitung von abwertenden und diskriminierenden Meinungen in der Bundesrepublik untersucht. Die Konzeption des Begriffs geht auf Wilhelm Heitmeyer zurück und wird seit 2002 in regelmäßig erscheinenden repräsentativen Studien untersucht. So werden die Einstellungsmuster gegenüber Menschen aufgrund ihrer tatsächlichen oder zugeschriebenen Zugehörigkeit zu Gruppen¹² sozialwissenschaftlich erfasst und beschrieben. Die Gruppen werden z.B. anhand von Merkmalen wie Geschlecht, sexueller Orientierung, Nationalität, Ethnie, Religion oder sozialer Herkunft gebildet. Aufgrund dieser Merkmale kommen den Gruppen gegenüber Vorurteile, negativen Stereotype, Diskriminierung, abwertende Überzeugungen und Feindseligkeiten zum Ausdruck. Als Ergebnis dessen werden Gruppen und Personen als ungleichwertig markiert, weil sie als „Andere“ wahrgenommen werden¹³. So erfüllt gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit die soziale Funktion, die eigene Position zu stärken und andere abzuwerten. Sie dient der Sicherung von Dominanz und Privilegien im sozialen gesellschaftlichen Gefüge¹⁴.

¹¹ Vgl. ebd.

¹² In der aktuellen Erhebung (2016) wurde die Abwertung von 13 verschiedenen Gruppen und ihrer Merkmale untersucht: Rassismus, Sexismus, Fremden und Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Abwertung von Sinti und Roma, Abwertung asylsuchender und geflüchteter Menschen, Abwertung homosexueller Menschen, Abwertung von Trans*Menschen, Abwertung wohnungsloser Menschen, Abwertung von Menschen mit Behinderung, Abwertung langzeitarbeitsloser Menschen, Etabliertenvorrechte.

¹³ Vgl. Zick, Andreas/Krause, Daniela/Berghan, Wilhelm/Küpper, Beate: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002-2016. In: Ralf Melzer (Hrsg.): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände.

Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz, S.

33.

¹⁴ Vgl. ebd., S. 34.

Das Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wird als Syndrom beschrieben, weil die Abwertung einer Gruppe häufig mit der Abwertung von anderen Gruppen einhergeht. Unterschiedliche Elemente von Ungleichwertigkeitsvorstellungen werden miteinander verknüpft und treten in Gemeinschaft auf¹⁵. Darüber hinaus kommen die Autor*innen zu dem Ergebnis, dass der generelle Zusammenhang zwischen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Gewalt Sorgen bereiten sollte. Menschen, die Gewalt billigen oder selbst bereit sind diese anzuwenden, stimmen menschenfeindlichen Meinungen mit hoher Wahrscheinlichkeit eher zu¹⁶.

Für das lokale Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus ist in diesem Zusammenhang vor allem die Erkenntnis von Bedeutung, dass Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und damit auch Rassismus und Ausgrenzung keineswegs nur Phänomene der politischen Ränder, sondern ebenfalls eindeutig in der Mitte der Gesellschaft zu verorten sind. Die untersuchten Einstellungen widersprechen jedoch dem grundsätzlichen Prinzip einer Demokratie, dass alle Menschen gleich und dementsprechend zu behandeln sind. So stellt die Verbreitung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einen Indikator dafür bereit, inwieweit eine Gesellschaft die Grundwerte einer Demokratie mitträgt und lebt¹⁷. Im Kontext des Handlungskonzepts sind Aspekte der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zudem als Elemente extrem rechter Ideologie und rechtspopulistischer Argumentation zu betrachten. Für extrem rechte und rechtspopulistische Gruppen und Personen ist die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein Bindeglied zur „Mitte der Gesellschaft“¹⁸.

Auch deshalb ist ein großer Teil der Maßnahmen und Ziele, die im Handlungskonzept vorgeschlagen werden, präventiv angelegt und nimmt insbesondere die „Mitte der Gesellschaft“ als Zielgruppe in den Blick.

Rechtspopulismus

Beim Phänomen des Populismus handelt es sich nicht um etwas, das sich zwangsläufig nur einem politischen Spektrum zuordnen lässt. Zur Unterscheidung lassen sich die Begriffe Inklusion und Exklusion verwenden, wobei sich der Begriff der Inklusion auf linken Populismus bezieht und sich mit Exklusion Merkmale beschreiben lassen, die im

¹⁵ Vgl. ebd.

¹⁶ Vgl. ebd., S. 78.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 34f.

¹⁸ Vgl. ebd., S. 80f.

Rechtspopulismus Ausdruck finden. Während linker Populismus über Partizipation und Ressourcenverteilung die Inklusion unterprivilegierter Bevölkerungsschichten anstrebt, ist rechter Populismus darauf aus, Menschengruppen auszuschließen und politische und soziale Teilhaberechte ausschließlich für als zugehörig wahrgenommene Bevölkerungsgruppen zu reservieren. Dabei ist Populismus als Relationsbegriff zu verstehen. Er zeichnet sich nicht durch eine Substanz im Sinne eines zentralen nur ihm eigenen Wertesystems aus. Dies ist seine Schwäche und Stärke zugleich, weil er sich so flexibel an verschiedene Bedingungen anpassen und (immer) in einer Anti-Beziehung zu diesen stehen kann¹⁹.

Populismus zeichnet sich häufig durch die Berufung auf einen „common sense“ aus. Dieser umfasst einen Anti-Elitarismus, Anti-Intellektualismus, Antipolitik, Institutionenfeindlichkeit sowie Moralisierung und Polarisierung von Politik. Der „common sense“ behauptet ein gemeinsames Wissen, das auf konkreter lebensweltlicher Erfahrung beruht und daher einen unmittelbaren, unverfälschten Zugang zu Recht und Wahrheit habe und damit Intellektuellen und Politiker*innen im Wissen überlegen sei. Mit dieser Haltung ist der Populismus jedoch nur scheinbar anti-elitär, da er sich ausschließlich gegen die jeweils herrschende Elite richtet und im Ergebnis den Aufstieg einer neuen, „moralisch überlegenen“ Elite anstrebt. Derzeit findet rechter Populismus seinen Ausdruck vor allem in der Konstruktion der Gegensätze „Freiheit“ und „Unfreiheit“. Für Unfreiheit steht hier das Establishment (Kirchen, Universitäten, Medien, Gewerkschaften, Politiker*innen), welches eine ethnokulturelle Bedrohung von außen verleugne und unter dem Vorwand der „political correctness“ Sprechverbote erteile und demokratische Werte wie das Recht auf Meinungsfreiheit negiere²⁰.

So stilisieren sich Rechtspopulist*innen zu Verteidigern der Demokratie und begründen damit mitunter auch ihre abwertende und abwehrende Haltung gegenüber verschiedenen „Gruppen“, deren Verhaltens- und Lebensweisen nicht mit den Werten einer Demokratie vereinbar seien. Vor diesem Hintergrund ist die Immigration im Zusammenhang mit der Überhöhung einer nationalen Identität eines der wesentlichen Mobilisierungsthemen von rechtspopulistischen

¹⁹ Vgl. Priester, Karin (2012): Wesensmerkmale des Populismus. In: APuZ, Jg. 62, Heft 5-6/2012. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 3.

²⁰ Vgl. ebd., S. 4ff.

Parteien²¹. Diese Haltung findet derzeit überwiegend Ausdruck in einem antimuslimischen Rassismus, der Abwertung von Flüchtlingen und Sinti und Roma²².

4. Extrem Rechte Organisationen, Vorfälle und Einstellungen im Kreis Düren

a. Rechtsextremismus im Kreis Düren

Verschiedene Faktoren haben in den letzten Jahren zu einer Umstrukturierung der rechten Szene im Kreis Düren geführt und dafür gesorgt, dass sie zurzeit nicht mehr so stark ist wie in der jüngeren Vergangenheit. War die Region Düren, Aachen und Heinsberg in den letzten Jahren noch ein Hotspot der rechtsextremen Szene, sind dies – mit Blick auf die absoluten Zahlen – laut der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Köln (MBR Köln) mittlerweile eher Köln und das Kölner Umland²³. Bei einer Abfrage der Mitarbeiter*innen der offenen Jugendarbeit im Kreis Düren kam heraus, dass es in der jüngeren Vergangenheit nahezu keine Probleme oder Bedrohungen durch rechtsextremistische Jugendgruppen oder Einzeltäter gab. Daher liegt der Fokus dieses Handlungskonzeptes nicht ausschließlich auf dem Thema Rechtsextremismus, sondern insbesondere auch auf den Themen (struktureller) Rassismus, Demokratiestärkung und Menschenrechtsbildung. Trotzdem ist aufgrund der räumlichen Nähe und gewachsener Strukturen im Bereich der extrem rechten Szene weiterhin davon auszugehen, dass die extrem rechte Szene insbesondere aus dem Raum Aachen und Heinsberg in den Kreis Düren hinein wirkt und sich die Aktionsräume verschoben haben. Daher werden im Folgenden auch Gruppierungen genannt, die nicht direkt präsent sind, aber eine Wirkung auf den Kreis Düren haben.

Seit 2006 bestand im Kreis Düren ein vergleichsweise aktiver Kreisverband der Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD). Bei den Kommunalwahlen 2009 konnte die Partei je ein Mandat im Stadtrat Düren und im Kreistag erreichen. Nach internen Machtkämpfen und Streitigkeiten, Parteiausschlüssen und Austritten ist der Kreisverband seit 2011 weitgehend inaktiv. Es kam zu Auseinandersetzungen der NPD mit der 2012 verbotenen

²¹ Lochocki, Timo (2012): Immigrationsfragen: Sprungbrett rechtspopulistischer Parteien. In: APuZ, Jg. 62, Heft 5 -6/2012. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 30ff.

²² Vgl. Zick/Krause/Berghan/Küpper, S. 50f.

²³ Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Köln (2017): Pressemitteilung: Flüchtlingsfeindliche Straftaten erneut auf Rekordhoch, online: <https://www.mbr-koeln.de/2017/03/14/pressemitteilung-fluechtlingsfeindliche-straftaten-erneut-auf-rekordhoch/> (02.01.2017).

Kameradschaft Aachener Land (KAL), wodurch die Organisationsstruktur der NPD weitgehend wegfiel.

Die Akteure der extrem rechten Szene in der Region organisieren sich derzeit vor allem in der Partei DIE RECHTE. Der Kreis Düren ist zwar kein lokaler Schwerpunkt der Partei, allerdings gibt es Verbindungen zu dem 2013 gegründeten Kreisverband Aachen-Heinsberg. Die Gründungsfeier des Kreisverbandes fand im Kreis Düren in Nörvenich-Frauwüllesheim statt. Zudem gehören dem Regionalverband mehrere Mitglieder aus dem Kreis Düren an²⁴. Nach dem Verbot der Neonazi-Kameradschaft Nationaler Widerstand Dortmund, Kameradschaft Aachener Land, Kameradschaft Walter Spangenberg (Raum Köln) und Kameradschaft Hamm im Jahr 2013 sind in NRW verschiedene Kreisverbände der Partei entstanden. Auf diese Weise haben sich die Neonazis (formal) parteiförmig organisiert, profitieren vom Parteienprivileg und wollen so einem erneuten Verbot vorbeugen. Daher ist sie in NRW ein Sammelbecken für Mitglieder der verbotenen Kameradschaften. Die Kreisverbände organisieren regelmäßige szeninterne Veranstaltungen und treten immer wieder mit kleineren Flyeraktionen, Infoständen und Kundgebungen in der Öffentlichkeit auf. Darüber hinaus betreiben sie Öffentlichkeitsarbeit über ihre Website und die sozialen Medien. Diese werden genutzt, um das extrem rechte Weltbild der Partei zu verbreiten und für eigene Aktionen zu mobilisieren. Teilweise bezieht sich die Partei offen auf den historischen Nationalsozialismus. Es lassen sich keine Aussagen darüber treffen, welchen Erfolg die Partei mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit und ihren Mobilisierungsstrategien im Kreis Düren hat. Daher lassen sich auch keine gesicherten Aussagen darüber treffen, ob und welche konkreten Aktionen die Partei durchführt, um Mitglieder zu werben und Jugendliche anzusprechen.

Die Gruppe Syndikat 52 wurde Mitte 2014 als Unterorganisation des Kreisverbandes Aachen – Heinsberg der Partei DIE RECHTE gegründet. Der Name basiert auf einer Mischung der Postleitzahl Aachens und einer Art Verbrecherorganisation. Inhaltlich und personell weist die Gruppierung zahlreiche Überschneidungen zur KAL auf. Trotzdem wird eine Verbindung bestritten und die Gruppierung als parteiliches Projekt dargestellt. Die Aktivitäten decken sich jedoch mit den ehemaligen KAL-Angeboten. So werden z.B. Computerschulungen, Konzerte, Weihnachtsfeiern, Grillabende und sportive Aktivitäten angeboten. Wie bei der KAL werden

Vgl. Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Köln (2017): Vor Ort. Kreis Düren, online: <https://www.mbr-koeln.de/vor-ort/kreis-dueren/> [05.01.2018]

Diskussionspapier zum Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus für den Kreis Düren. (Stand: 04.04.2018).

Jugendliche gezielt angesprochen und angeworben und sollen an die rechte Szene herangeführt werden²⁵.

Der Arminiusbund besteht aus drei Landesverbänden – Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Der Vorsitzende des Landesverbandes NRW wohnt im Hürtgenwald und bekleidet gleichzeitig den Bundesvorsitz. Die Partei hat einen starken russlanddeutschen Bezug und pflegte enge Verbindungen mit anderen rechten Organisationen. Z.B. trat der Vorsitzende 2009 als parteiloser Kandidat auf der NPD-Liste zu den Kreistagswahlen in Düren an. Im Januar 2017 rief er in einem Internetvideo zur Wahl der AfD auf. Im Raum Düren tritt die Partei hauptsächlich mit Infoständen und Kundgebungen auf (z.B. 12.02.16: Protest gegen Vergewaltigung deutscher Frauen. Einwanderung stoppen, Grenzen schließen.)

Die Vereinigung „Bürger stehen auf“ ist eine rechtsextreme Gruppierung und eine Art Pegida Ableger. Es gibt Überschneidungen zu Bewegungen wie „Pro NRW“. Sie agieren im Kreis Düren vor allem in Linnich und organisieren dort seit 2015 Demonstrationen und Aktionen gegen Flüchtlinge, Migranten und Zuwanderung im Allgemeinen. 2015 und 2016 gab es zwei Demonstrationen in Linnich und eine in Erkelenz (Kreis Heinsberg).

Ein beliebter Anknüpfungspunkt für die extreme Rechte ist weiterhin der Hürtgenwald. 1944/45 war der Hürtgenwald ein stark umkämpftes Kriegsgebiet alliierter Soldaten und der deutschen Wehrmacht. Seither hat sich der ehemalige Kriegsschauplatz in eine einzigartige Erinnerungslandschaft mit Kriegsgräberstätten, Gedenksteinen, Kreuzen, Tafeln und künstlerischen Objekten entwickelt. Aus Sicht von Historikern wird der Fokus zu sehr auf das militärische Geschehen gerichtet und wesentliche Aspekte der nationalsozialistischen Herrschaft werden ausgeblendet. Die regionale Erinnerungskultur wurde bis weit in die 2000er Jahre hinein von der „glorifizierenden Traditionspflege“ eines Verbandes ehemaliger Wehrmachtsangehöriger dominiert. Dadurch wurde gefördert, dass sich der Hürtgenwald zu einem Attraktionsraum für Rechte und Rechtsextreme entwickelt hat. Es entstand ein Faszinations- und Aufmarschraum für zahlreiche rechtsextreme Gruppierungen. Durch das Ausbleiben einer Pluralisierung und Professionalisierung der Erinnerungskultur, ist der Hürtgenwald zu einem prägnanten Beispiel für die frühe Gedenktradition der BRD geworden.

²⁵ Klarmann, Michael (2017): „Syndikat 52“. Alte KAL-strukturen im Raum Aachen, Düren und Heinsberg, online: <https://www.mbr-koeln.de/2017/02/15/syndikat-52-alte-kal-strukturen-im-raum-aachen-dueren-und-heinsberg/#more-5267> [05.01.2018]

Einseitige, verkürzte Geschichtsbilder haben nicht nur eine kollektive Entlastungsfunktion, sondern bieten auch heute noch Anknüpfungspunkte für revisionistische und rechtsextremistische Positionen²⁶.

b. Rassismus im Kreis Düren

Anders als die Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus sowie mit rechtsextremen Strukturen und Organisationen, kann sich die „Rassismuskritik“ nicht auf einen langjährigen Fachdiskurs stützen. Rassismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen zu begreifen, das uns gewissermaßen alle betrifft, ist immer noch eine relativ neue Perspektive.

Rassismus ist, wie bereits in den Begriffsklärungen angedeutet, keineswegs ein Phänomen, das sich ausschließlich am politischen Rand verorten lässt. Dennoch ist er ein elementarer Bestandteil extrem rechter Ideologie. Seit nunmehr 15 Jahren belegen repräsentative Studien, dass auch die so genannte „Mitte der Gesellschaft“ hohes Übereinstimmungspotential mit abwertenden, diskriminierenden und rassistischen Positionen und Argumentationen aufweist²⁷. Mit der Studie werden latente Einstellungsmuster gemessen. So wird ermittelt, inwieweit Personen gruppenbezogene Abwertungen und Anfeindungen befürworten oder diese ablehnen. Die Ergebnisse geben hier teilweise eindeutige Hinweise und zeigen, dass bestimmte Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland täglich mit Ablehnung und Vorurteilen zu kämpfen haben²⁸.

Dabei geht es nicht – wie bei den Begriffen „of Color“, „schwarz“ oder „weiß“ häufig missverstanden – um den Bezug zur Hautfarbe, sondern um den Blick auf ausgrenzenden, benachteiligte oder begünstigende Strukturen in der Gesellschaft. In diesem Zusammenhang wird auch häufig von „Alltagsrassismus“ gesprochen. Ob eine Person unmittelbare Erfahrungen mit (Alltags-)Rassismus macht oder nicht, hängt mit der eigenen gesellschaftlichen Position und den dahinter stehenden gesellschaftlichen Machtstrukturen zusammen. Die (weiße) Mehrheitsgesellschaft entscheidet was „normal“ ist und ist Träger der Gestaltungsmacht. Sie legt fest, wer wie dargestellt wird und hat die Entscheidungs- und

²⁶ Frings, Karola (2016): Der Hürtgenwald – eine ländliche Erinnerungsgemeinschaft zwischen Restauration und Wandel, in: Killguss, Hans-Peter / Langenbach, Martin (Hrsg.): „Opa war in Ordnung!“. Erinnerungspolitik der extremen Rechten, Köln, S.161.

²⁷ Vgl. Zick, Andreas/Krause, Daniela/Berghan, Wilhelm/Küpper, Beate: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002-2016. In: Ralf Melzer (Hrsg.): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz. 2016.

²⁸ Vgl. Zick/Krause/Berghan/Küpper, S. 50f.

Definitionsmacht. D.h. sie bestimmt, wer wie welche Entscheidung treffen darf oder wer was deuten oder sagen darf²⁹. Hinzu kommt ein sogenanntes „rassistisches Wissen“, welches in jeder Gesellschaft vorkommt und sich aus Vorurteilen, Stereotypen oder Vorstellungen über „Andere“ zusammensetzt. Über diese Vorurteile herrscht ein mehrheitsgesellschaftlicher Konsens. Damit ist nicht gemeint, dass jedes Individuum der Mehrheitsgesellschaft per se rassistisch ist, sondern dass es über Institutionen wie Schule und Massenmedien eine gemeinsame Sozialisation gibt. Dadurch werden rassistische Vorurteile vermittelt und über Generationen gefestigt. Dies prägt sich dann in unterschiedlicher Form und Intensität, sowohl im Handeln von Individuen, als auch in institutionellen Praktiken. Bei letzterem spricht man häufig von institutionellem oder auch strukturellem Rassismus.

Für den Kreis Düren gibt es bisher wenige Erkenntnisse über rassistische Vorfälle und Ereignisse. Auch auf das Formular zur Meldung von Diskriminierungsfällen hat es bisher wenige Rückmeldungen gegeben. Gleiches gilt für die Meldestelle beim Integra-Netz. Unter Berücksichtigung der zuvor gemachten Aussagen, ist mit Blick auf das Handlungskonzept jedoch davon auszugehen, dass auch der Kreis Düren keine Ausnahme darstellt und es demnach Handlungsbedarf im Bereich der Antirassismuarbeit gibt. Eine Notwendigkeit gegen Alltagsrassismus vorzugehen, lässt sich zusätzlich an zwei Punkten konkret verdeutlichen:

Einerseits besteht das durch das Grundgesetz und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verbrieftes Recht auf Gleichbehandlung, unabhängig davon, welcher Gruppe eine Person zugeordnet wird oder sie sich selbst zuordnet. Darüber hinaus wurden auch im Kreis Düren Übergriffe und Anschläge auf Unterkünfte für Flüchtlinge und ihre Unterstützer*innen dokumentiert. Da diese in den meisten Fällen unaufgeklärt blieben, lassen sich die Taten jedoch keinen Täter*innen zuordnen. Die Tatmotive sind dennoch eindeutig rassistisch, nach der vorangegangenen Begriffserklärung jedoch nicht zwangsläufig rechtsextrem motiviert. Aus diesem Grund werden die Taten hier bewusst nicht ausschließlich dem Bereich der extrem rechten Gewalt zugeordnet. Hierbei handelt es sich in den meisten Fällen um Sachbeschädigungen an Unterkünften für Flüchtlinge oder das Sprühen von Symbolen mit eindeutigem Bezug zum historischen Nationalsozialismus. Teilweise treten auch beide

²⁹ Nguyen, Toan Quoc (2014): „Offensichtlich und zugedeckt“ – Alltagsrassismus in Deutschland, in: Bundeszentrale für politische Bildung, online: <http://www.bpb.de/dialog/194569/offensichtlich-und-zugedeckt-alltagsrassismus-in-deutschland> [26.01.2018]

Diskussionspapier zum Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus für den Kreis Düren. (Stand: 04.04.2018).

Straftaten in Einheit auf. In mehreren Fällen wurden konkrete Bedrohungen gegen eine oder mehrere Personen gerichtet, die sich in der Arbeit mit Flüchtlingen engagieren.

c. Rechtspopulismus im Kreis Düren

Betrachtet man die Wahlergebnisse der Bundestagswahlen 2013 und 2017, sowie die der Landtagswahlen 2017 stellt man fest, dass die Partei Alternative für Deutschland (AfD) im Kreis Düren und bundesweit die derzeit erfolgreichste Partei ist, die dem Rechtspopulismus zugeordnet wird. Während bei der Bundestagswahl 2013 4 % der Wähler*innen mit ihrer Zweitstimme für die AfD votierten, erhielt sie bei der Landtagswahl 2017 bereits 7,7 % der Zweitstimmen. Bei der Bundestagswahl 2017 konnte sie ihr Ergebnis erneut verbessern und erhielt 9,61 % der Zweitstimmen im Kreis Düren. Überdurchschnittlich viele Stimmen erhielt die AfD dabei in der Stadt Düren (11,13%) und den Gemeinden Nörvenich (11,16%), Niederzier (10,62%), Aldenhoven (10,57%), Merzenich (10 %) und Vettweiß (9,93%). In Bezug auf die Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2017 in der Stadt Düren lässt sich feststellen, dass die AfD die meisten Stimmen im Satellitenviertel (20,06%), in der Wörthsiedlung (18,08%) und im Grüngürtel (17,24%) erhalten hat.

Insgesamt tritt die AfD im Kreis Düren vergleichsweise gemäßigt auf. Es gibt kein Programm mit konkreten Maßnahmen für den Kreis Düren. Auf ihrer Website nennt der Kreisverband lediglich fünf Leitsätze, die sich im Kern auf die Flüchtlings- und Sozialpolitik beziehen. Trotzdem wird an einigen Stellen deutlich, dass der Dürener Kreisverband der AfD an die Politik auf Bundesebene anknüpft. Dies wird vor allem durch öffentliche Äußerungen im Internet und in den sozialen Netzwerken deutlich. Dort werden auch offensichtlich pauschalisierende, polemische und diskriminierende Inhalte anderer Kreisverbände geteilt, ohne sie kritisch zu hinterfragen. Inwieweit der Kreisverband dem extrem rechten Flügel der AfD zuzuordnen ist, lässt sich auf Grundlage der vorliegenden Informationen jedoch nicht abschließend beurteilen. Dennoch ist auch im Kreis Düren zu beobachten, dass versucht wird den öffentlichen Diskurs durch gezielte Provokationen zu beeinflussen und ihre Inhalte öffentlichkeitswirksam zu platzieren. So werden beispielsweise die Gründe hinterfragt, aus denen Menschen aus ihren Heimatländern fliehen und somit das Menschenrecht auf Asyl relativiert. Die Möglichkeit einer Flucht aus Angst um das eigene Leben, vor Krieg, Armut und Verfolgung wird nicht in Betracht gezogen.

5. Strukturen im Bereich der Rechtsextremismus- und Rassismusprävention im Kreis Düren

Eine erste Bestandsaufnahme hat ergeben, dass die Themen Rechtsextremismus, Rassismus, Antidiskriminierung und Demokratiebildung in der Stadt Düren und in einzelnen Kommunen des Kreises auf verschiedenen Ebenen und mit unterschiedlichen Ausprägungen behandelt werden. Dabei fällt auf, dass es in einigen Kommunen langjähriges Engagement und gewachsene Strukturen in der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus gibt und in anderen überhaupt nicht. Gleichzeitig wurde eine Bedarfsabfrage durchgeführt, um zu erörtern, welchen Unterstützungsbedarf es in den jeweiligen Handlungsfeldern gibt. Deshalb wurden bestehende Systeme und Netzwerkstrukturen in den einzelnen Handlungsfeldern aufgesucht und befragt. Die Kontaktaufnahme und die Durchführung einer Bestandsanalyse stellten sich dabei als besondere Herausforderungen dar. Dies liegt einerseits an der ländlichen Prägung des Flächenkreises Düren, wodurch es zusätzlich erschwert wird, Akteure aus dem gesamten Kreisgebiet anzusprechen und einzubeziehen. Die zweijährige Laufzeit des Projektes stellt dabei eine zusätzliche Schwierigkeit dar, da die Kontaktaufnahme zu allen Kommunen und die Identifizierung relevanter Akteure einen hohen Zeitaufwand erfordert. Zudem ging es in vielen bestehenden Systemen und Netzwerkstrukturen zunächst darum, die Inhalte des Projektes vorzustellen und dafür zu sensibilisieren. Dadurch war eine Bestandsaufnahme teilweise noch nicht möglich. Teilweise wurden Nachfolgetermine vereinbart, teilweise erfolgt die Möglichkeit der Beteiligung durch die Einladung zu Beteiligungsforen, die 2018 durchgeführt werden.

a. Politik, Behörden, Polizei

Im Kreis Düren gibt es bisher keine Fachstelle, die sich zielgerichtet mit Rechtsextremismus- und Rassismusprävention beschäftigt. Insgesamt ist festzustellen, dass die Bearbeitung des Themenfeldes Rechtsextremismus und die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Strukturen und Organisationen, sich inzwischen auf einen langjährigen Fachdiskurs stützen kann: Der Wissensfundus in diesem Bereich wurde stetig erweitert, Schulungskonzepte und didaktisches Material entwickelt. Auch im Kreis Düren hat auf politischer Ebene eine intensive Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und rechtsextremen Organisationen stattgefunden. Diese wurde seit 2006 durch einen vergleichsweise starken und aktionsorientierten NPD-Kreisverband verstärkt. Da der Kreisverband mittlerweile weitestgehend bedeutungslos geworden ist und durch das Verbot der KAL auch Neonazi

Strukturen in der Region erheblich geschwächt wurden, gibt es derzeit keine konkrete Bedrohungslage durch die extreme Rechte. Daher ist es eine besondere Herausforderung für die Politik und die Verwaltung im Kreis Düren, neue Maßnahmen der Rechtsextremismusprävention zu entwickeln, die an die aktuelle Situation anknüpfen. Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung im Kreis Düren werden zu offenen Beteiligungsforen eingeladen, um den Bedarf und Handlungsoptionen zu diskutieren.

Eine weitere Herausforderung wird sein, ebenfalls eine ständige Auseinandersetzung mit dem Thema Rassismus vorzunehmen. Oftmals kommt es aufgrund der engen Verknüpfung beider Phänomene zu einer Gleichsetzung von Rechtsextremismus und Rassismus. Zwar ist Rassismus ein elementarer Bestandteil der rechtsextremistischen Ideologie, jedoch muss nicht jede rassistische Tat auch automatisch rechtsextrem motiviert sein. Daher ist es notwendig auf der politischen Ebene und in den Behörden genau zu differenzieren und die Unterschiede und Besonderheiten zu thematisieren. Wie oben bereits erwähnt ist die Perspektive, Rassismus als gesamtgesellschaftliches Problem zu betrachten relativ neu. Daher ist es eine besondere Herausforderung für alle Akteure auf der politischen Ebene, diese Perspektive im Kreis Düren zu etablieren und gemeinsam dagegen vorzugehen.

In Gesprächen mit der Leitung der Polizei im Kreis Düren wurde deutlich, dass es von Seiten des Landes NRW bereits zahlreiche Maßnahmen der interkulturellen Sensibilisierung gibt. In diese Landesmaßnahmen ist auch die Dürener Polizeibehörde eingebettet. Trotzdem gibt es weiterhin Probleme, die sich vor allem in Übergriffe und Anfeindungen, denen Kolleginnen und Kollegen, die sichtbar Minderheiten angehören, von der Bevölkerung ausgesetzt sind, zeigen. Weitere Handlungsschwerpunkte ergeben sich aus dem Verhältnis der Kolleginnen und Kollegen untereinander oder gegenüber Migrantinnen und Migranten in der Bevölkerung. Die Polizist*innen sehen sich oftmals dem Vorwurf ausgesetzt „Nazimethoden“ anzuwenden. Akute Problemlagen mit rechtsextremen Gruppen oder Organisationen gibt es im Kreis Düren nicht. Da es bereits ein breites Angebot an möglichen Weiter- und Fortbildungen durch das Land NRW gibt, richten sich die Angebote vor Ort eher an anderen Schwerpunkten, wie z.B. Einsatztrainings aus. Aus Sicht der Leitung der Kreispolizeibehörde stellen die Angebote eher eine Überfrachtung der Kolleg*innen dar, als dass es Bedarf an weiteren Angeboten gibt. Gemeinsam mit der Leitung der Kreispolizeibehörde wird die Einladung der Kolleg*innen der Dürener Polizei zu den offenen Beteiligungsforen 2018 vorgenommen, um den Handlungsbedarf gemeinsam mit Akteuren aus anderen Handlungsfeldern zu diskutieren.

b. Zivilgesellschaft

Innerhalb der letzten 10 Jahre haben sich im Kreis Düren mehrere Bündnisse gegen Rechtsextremismus und Rassismus gegründet. Das Dürener Bündnis gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt (BgR Düren) wurde 2006 als Reaktion auf einen sehr aktiven Kreisverband der NPD gegründet und ist seitdem mit einer Vielzahl von Aktionen im Kreisgebiet aktiv. Das Bündnis zählt derzeit ca. 200 Organisationen und 1000 Einzelpersonen zu seinen Mitgliedern. Der Sprecherkreis besteht aus Personen, die aus verschiedensten Institutionen im Kreis kommen und jahrelange Erfahrung in der ehrenamtlichen Arbeit gegen Rechtsextremismus und für demokratische Werte, Menschenrechte, Pluralismus und Toleranz haben. Zu den Aktionen zählen Protestveranstaltungen gegen extrem Rechte und rechtspopulistische Kundgebungen und Veranstaltungen, Kulturveranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Schülerwettbewerbe, Fachvorträge und weitere Aktionen.

Neben dem BgR Düren, das in großen Teilen des Kreisgebietes aktiv ist, gibt es mehrere Bündnisse im Kreis. Dazu zählen Bündnisse in Aldenhoven, Merken, Vettweiß und der Eifel. Die Bündnisse sind jeweils als Reaktion auf eine bestimmte rechtsextremistische und/oder rassistische Bedrohungslage gegründet worden und sind mittlerweile teilweise inaktiv. Trotzdem sind noch Strukturen vorhanden, die im Falle einer erneuten Bedrohungslage von extrem Rechten Akteuren abgerufen werden können. Zudem sind die Bündnisse untereinander vernetzt. So ist z.B. die „Initiative Merken gegen Rechts“ auch personell im Dürener Bündnis vertreten.

Darüber hinaus gibt es in den einzelnen Kommunen zivilgesellschaftliche Vereine und Organisationen, die immer wieder Einzelmaßnahmen in den Bereichen Rechtsextremismus und Rassismus durchführen. Dazu zählen u.a. Geschichts-, Sport- und andere Freizeitvereine.

Ein langfristiges Ziel ist sicherlich das weitreichende zivilgesellschaftliche Engagement besser miteinander zu vernetzen und die vorhandenen Strukturen auszubauen. Darüber hinaus wäre eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit von Vorteil. Ein Netzwerktreffen aller Bündnisse hat bisher nicht stattgefunden. Einerseits weil sie teilweise gut miteinander vernetzt sind und personelle Überschneidungen aufweisen, andererseits wegen Inaktivität der Gruppen.

c. Beratungsstrukturen

Im Kreis Düren gibt es eine sehr gut ausgebaute Beratungsstruktur in den Bereichen Flucht, Migration und Integration. Dort werden auch die Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung in unterschiedlichem Ausmaß mitbehandelt.

Beim Integra-Netz der evangelischen Gemeinde Düren gibt es ein Antidiskriminierungstelefon, das auf Initiative des BgR Düren eingerichtet wurde. Dort können Betroffene eine Nachricht auf einem Anrufbeantworter hinterlassen, der regelmäßig abgehört wird, und eine Beratung in Anspruch nehmen. Bisher wurde diese Möglichkeit jedoch selten genutzt, was teilweise an den gut ausgebauten Beratungsstrukturen liegt, die bereits vorhanden sind. Im Rahmen des Projektes NRWtoffen wurde auf der Website des BgR Düren ein Online Formular zur Meldung von Diskriminierungsfällen geschaffen, dessen Auswertung in die Bedarfsanalyse des integrierten Handlungskonzeptes einfließen wird.

Das Migrantinnen-Netzwerk gegen häusliche Gewalt (MN) bietet Frauen und Kindern mit Migrationshintergrund, die von Gewalt betroffen sind, sowie Frauen mit Fluchterfahrung Beratung und Unterstützung. Der Migrationsdienst des Caritasverbandes Düren-Jülich e.V. bietet Beratung für Menschen mit Fluchterfahrung und Menschen mit Migrationshintergrund an. Der Jugendmigrationsdienst Düren-Heinsberg ist eine Integrationsfachstelle für zugewanderte junge Menschen im Alter von zwölf bis 27 Jahren und deren Familien mit einem umfassenden Beratungsangebot. Das Zentrum für Sozial- und Migrationsberatung der Evangelischen Gemeinde zu Düren bietet Beratung und Unterstützung für Flüchtlingsfrauen. Das Kommunale Integrationszentrum Kreis Düren unterstützt und berät zugewanderte Kinder und Jugendliche bei ihrer schulischen, außerschulischen und beruflichen Integration. Darüber hinaus veranstaltet der Vorsitzende des Integrations- und Migrationsausschusses Düren einmal im Monat eine Sprechstunde für Migrantinnen und Migranten an, bei der Hilfestellungen im Umgang mit Ämtern und Behörden und Informationen über interkulturelle Angebote gegeben werden.

Die Themen Rechtsextremismus und Rassismus werden in den jeweiligen Beratungsstrukturen einzelfallbezogen mitbehandelt. Es gibt bislang keine Stelle, die die Fälle von Diskriminierung, Rassismus und extrem rechter Gewalt oder Bedrohung sammelt und bearbeitet oder den Betroffenen spezielle Beratungsangebote zur Verfügung stellt. Daher liegen auch keine Fallzahlen vor, die Rückschlüsse auf besondere Problemlagen zulassen. Den Umgang mit Rechtsextremismus und rassistischer oder anderweitiger Diskriminierung in den Beratungsstrukturen des Kreises zu verbessern, bleibt eine wichtige Herausforderung.

Hier wäre es sinnvoll die Betroffenenperspektive noch stärker in die Beratungsstrukturen einzubringen, um die Rollenverteilung und damit die Machtverhältnisse zwischen vermeintlich „helfenden“ und vermeintlich „hilfsbedürftigen“ aufzubrechen.

d. Jugendarbeit

Eine Abfrage bei den Jugendheimleiter*innen, Mobilien Jugendarbeiter*innen und dem Stadtjugendring in der Stadt Düren zu den Themen Toleranz, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ergab ein sehr unterschiedliches Bild hinsichtlich der Wahrnehmung der genannten Thematik, sowie in der Intensität der fachlichen Auseinandersetzung. Dabei sind in erster Linie die örtlichen, sozialräumlichen aber auch konzeptionellen Gegebenheiten ausschlaggebend. Es lässt sich feststellen, dass die Themen im ländlichen Bereich tendenziell weniger ausgeprägt behandelt werden als im innerstädtischen Bereich. Zum Alltag gehören insbesondere im innerstädtischen Raum rassistische, sexistische oder anderweitig diskriminierende Äußerungen von Kindern und Jugendlichen, die aus dem eigenen Umfeld übernommen wurden. Im Rahmen der Kinder – und Jugendarbeit werden solche Äußerungen aufgegriffen und durch direkte Kommunikation, Angebote und Aktionen bearbeitet und thematisiert. Zusätzlich gibt es eine Reihe von Maßnahmen, die präventiv durchgeführt werden. Dabei geht es vordergründig um die Aneignung interkultureller Kompetenzen. Es haben aber auch vereinzelte Veranstaltungen und Workshops zu den Themen Rechtsextremismus und Rassismus, Cool down Trainings, Theaterprojekte, multikulturelle Feste und andere Aktionen stattgefunden. Darüber hinaus sind die genannten Themen Bestandteil des Kinder- und Jugendförderplans der Stadt Düren und als Querschnittsaufgaben in den Feldern „Politische und soziale Bildung“, „Kulturelle Jugendarbeit“ und „interkulturelle Jugendarbeit“ beschrieben.

Auch im Bereich der Jugendarbeit ist es eine besondere Herausforderung die Themenbereiche Rechtsextremismus und Rassismus genau zu differenzieren und die präventive Arbeit für beide Bereiche auszubauen. Auch die Jugendarbeit im Kreis Düren sieht sich der Problematik ausgesetzt, dass Rassismus oftmals mit Rechtsextremismus gleichgesetzt und nicht als eigenes Phänomen und besondere Herausforderung begriffen. Eine Herausforderung ist dabei sicherlich die rassismuskritische Perspektive zu stärken und auch anderer Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu thematisieren.

Eine weitere Herausforderung die von einigen Leiter*innen von Jugendeinrichtungen angesprochen wurde, sind nationalistische Einstellungen in Einwanderer-Communities. Da viele Jugendeinrichtungen eine relativ homogene Gruppe von Besuchern hat, werden oftmals

deutsche Kinder und Jugendliche ohne Migrationserfahrung ausgeschlossen. Nach der allgemeinen Definition handelt es sich dabei zwar nicht um Diskriminierung (Bezug zur gesellschaftlichen Entscheidungs- und Deutungsmacht fehlt), trotzdem gibt es bei den Leiter*innen einen Bedarf an Handlungsstrategien um dagegen vorzugehen

Besondere Aufmerksamkeit gilt nach den bisherigen Erkenntnissen den Jugendzentren in Aldenhoven und Vettweiß, die sich in unterschiedlicher Weise mit den Themen befassen und jeweils auf ein langjähriges Engagement und gewachsene Strukturen zurückgreifen können. Die Projekte und Maßnahmen werden im Folgenden als Beispiele guter Praxis im Kreis Düren vorgestellt:

Gute Praxis der Rechtsextremismus- und Rassismusprävention im Kreis Düren – Aldenhoven:

Die Jugendarbeit in Aldenhoven kann auf eine langjährige Erfahrung des Aldenhovener Bündnisses gegen Rechtsextremismus zurückgreifen und durch eine gute Zusammenarbeit von Jugend- und Gemeindefarbeit eine Vielzahl von Veranstaltungen, Aktionen und Bildungsmaßnahmen vorweisen. Häufig steht dabei der Bezug zum historischen Nationalsozialismus, mit Fokus auf Widerstandsstrukturen und Opferperspektiven im Vordergrund. Dabei versucht man sich möglichst nah an der Geschichte von Aldenhoven zu orientieren, um die Themen für Jugendliche greifbarer zu machen und einen persönlichen Bezug herzustellen. Zu den Aktivitäten zählen Gedenkstättenbesuche in den Schulferien wie z.B. in Vogelsang, Breendonk oder die Besichtigung des Westwalls, an denen im Schnitt 40 bis 50 Jugendliche teilnehmen. Ehrenamtliche Erwachsene begleiten die Fahrten. Die Ergebnisse werden im Rahmen einer Geschichtswerkstatt nachbereitet und Online veröffentlicht. Zudem findet jedes Jahr in den Herbstferien eine einwöchige Berlinfahrt statt. Dabei werden wechselnde Themenschwerpunkte gesetzt, die sich im Bereich der historisch-politischen Bildungsarbeit bewegen und auch Aktivitäten aus dem Bereich der Rechtsextremismus- und Rassismusprävention und Demokratie- und Menschenrechtsbildung vorsehen. Zu den Aktivitäten zählen der Besuch des Reichstagsgebäudes, Gedenkstättenbesuche, Museumsbesuche, Workshops und Gespräche mit Politiker*innen. Bei allen Aktivitäten wird darauf geachtet, die Angebote möglichst niedrigschwellig zu halten und erlebnispädagogische Anteile einzubringen. In der Regel waren die Angebote kostenfrei, was jedoch aufgrund fehlender Finanzierung seit 2016 nicht mehr der Fall ist.

In Vettweiß wurden im Bereich der offenen Jugendarbeit in der Vergangenheit häufig Städtefahrten in den Herbstferien angeboten. Dabei standen ebenfalls die historisch-politische Bildungsarbeit und die Auseinandersetzung mit Gedenkstätten im Vordergrund. Darunter eine Fahrt nach München mit einem Besuch in des Konzentrationslagers Dachau, eine Fahrt nach Weimar mit Besuch des Konzentrationslager Buchenau und Fahrten nach Berlin. Im Schnitt nahmen zehn bis 15 Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren an den Fahrten teil. Derzeit ist eine Fahrt nach Krakau für den Herbst 2018 geplant. Auch hier wird der Versuch unternommen die Angebote möglichst niedrigschwellig zu halten. Auch Vettweiß kann mit dem Bündnis „Vett gegen Rechts“ auf gewachsene Strukturen in der Arbeit gegen Rechtsextremismus zurückgreifen.

e. Bildung

Im Kreis Düren gibt es derzeit sieben Schulen, die die Auszeichnung „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SoR-SmC) erhalten haben. Dabei handelt es sich um ein bundesweites Netzwerk von Schulen, die sich selbst dazu verpflichten, offen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung einzutreten. Mit der Teilnahme am Programm erklären mindestens 70% der Schüler*innen und Mitarbeiter*innen an der Schule, sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung einzusetzen. Zudem erklärt sich die Schule dazu bereit, jedes Jahr mindestens ein Projekt aus diesen Themenbereichen durchzuführen. Es gibt derzeit einige Schulen im Kreis Düren, die sich gerne an dem Programm beteiligen möchten, teilweise wurde aber eine Beteiligung von Seiten der Schule abgelehnt. Die betroffenen Schüler*innen wünschen sich Unterstützung bei der Bewerbung und Umsetzung des Programms. Eine bessere Vernetzung derjenigen Schulen, die bereits an dem Programm teilnehmen wäre von Vorteil. Durch einen ständigen Austausch könnten Schulen, die die Auszeichnung erhalten haben, Bewerberschulen beratend unterstützen.

Beim Kommunalen Integrationszentrum (KI) des Kreises Düren gibt es eine Stelle, die das Programm „SoR-SmC“ betreut und mit der eine Zusammenarbeit initiiert wurde. Neben einem Informationsaustausch über die Netzwerk- und Bewerberschulen geht es dabei auch um die Implementierung des Themas in entsprechenden Arbeitskreisen und Systemen im Kreis Düren. So wurde das Programm z.B. beim Arbeitskreis der Schulsozialarbeiter im Kreis Düren vorgestellt. Auch bei einer Sitzung der Bezirksschülerversammlung wurde das Programm vorgestellt und der Unterstützungsbedarf ermittelt. Zusätzlich gibt es Kontakt zu einzelnen Netzwerk- und Bewerberschulen, die Unterstützung benötigen. Neben allgemeinen

Informationen geht es dabei vor allem um Projektideen, Hilfe bei der Umsetzung und Anfragen zu Themen und Referenten. Darüber hinaus soll eine Sammlung von Kontaktpersonen an den Netzwerkschulen erfolgen.

In Bezug auf den Elementarbildungsbereich erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit dem KI Düren. Eine erste Bedarfsabfrage bei den Leitungen von Kindertagesstätten im Kreis Düren hat ergeben, dass es einen gesteigerten Bedarf an Weiter- und Fortbildungsangeboten bei der Verbesserung interkultureller Kompetenzen gibt. Das Thema Rechtsextremismus spielt im Elementarbildungsbereich vor allem im Umgang mit Eltern eine Rolle. In der Arbeit mit den Kindern liegt der Bedarf eher im Bereich der Rassismuskritik und im Umgang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Im April 2018 führt das KI Düren daher drei Termine für solche interkulturellen Trainings durchzuführen. Dort wird es auch um eine Sensibilisierung für die Themen gehen, die für „NRWeltoffen“ relevant sind. Neben der Schärfung interkultureller Kompetenzen sind in Bezug auf den Elementarbildungsbereich vor allem die Demokratiebildung und die rassismuskritische Arbeit wichtig. Im Rahmen der Workshops des KI wird der Handlungsbedarf in diesen Themenbereichen abgefragt und es wird ein Angebot von Handlungs- und Argumentationstrainings vorgestellt.

Im Kreis Düren gibt es mit der Volkshochschule Rur-Eifel (VHS Rur-Eifel), der Volkshochschule Jülich (VHS Jülich), der Familien- und Erwachsenenbildungsstätte der evangelischen Gemeinde und dem katholischen Forum für Erwachsenen- und Familienbildung vier Erwachsenenbildungsstätten. Die Themen Rechtsextremismus und Rassismus werden dort in verschiedenem Maße behandelt. Die Familien- und Erwachsenenbildungsstätte der evangelischen Gemeinde und das katholische Forum für Erwachsenen- und Familienbildung behandeln die Themenfelder punktuell. Integrationskurse beziehen sich in erster Linie auf Elternberatung und Sprachkurse bzw. Alphabetisierungsmaßnahmen. Es gab Mitarbeiterschulungen im Bereich interkultureller Kompetenzen. Bei der evangelischen Gemeinde ist, wie oben erwähnt, das Zentrum für Sozial- und Migrationsberatung ansässig, das für den Themenbereich sensibilisiert ist und das in unregelmäßigen Abständen auftretende Thema bearbeitet. Zudem kooperiert das Zentrum mit dem Forum Politik, das einzelnen Veranstaltungen zu diesen Themen durchgeführt hat. Die VHS Jülich führt Veranstaltungen durch, die sich mit den Themen Rechtsextremismus, Rassismus oder Demokratiebildung beschäftigen. Die VHS Rur-Eifel bietet pro Jahr eine Veranstaltung an, die sich mit Inhalten aus diesen Themenbereichen beschäftigen. 2017 präsentierte sie die Wanderausstellung „VorBilder – Sport und Politik vereint gegen

Rechtsextremismus“ im Foyer des Rathauses der Stadt Düren. Die Ausstellung soll einen Beitrag zur Aufklärung und Sensibilisierung gegenüber Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus leisten und dazu ermutigen, Position dagegen zu beziehen³⁰.

Ziel des lokalen Handlungskonzeptes sollte es sicherlich sein, die Themen noch stärker in die Programme der Erwachsenenbildungsstätten zu integrieren. Es wurde das Angebot gemacht, einen Pool an Referent*innen und möglichen Themenfeldern zur Verfügung zu stellen. Das Angebot stieß bei den Leitungen der Bildungsstätten auf Interesse.

f. Sport

Die bekannteste Initiative im Bereich des Sports im Kreis Düren ist „Fußballvereine gegen Rechts“. Die Initiative wurde 2001 als Reaktion auf rassistische Anfeindungen und Übergriffen durch Neonazis auf eine Fußballjugendmannschaft aus Düren-Niederau gegründet. Mit verschiedenen Aktionen, wie „Vier Schrauben für Zivilcourage“, „Fotos gegen Rechts“ und „Wir vermieten nicht an Nazis“ und regelmäßiger Präsenz bei regionalen und überregionalen Sportveranstaltungen will die Initiative Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus entgegenwirken. Nach aktuellem Stand haben sich bisher deutschlandweit über 1000 Sportvereine an der Aktion „Vier Schrauben für Zivilcourage“ beteiligt. Im September 2011 wurde die Auszeichnung „Integration durch Tore“ geschaffen. Damit werden Einzelpersonen oder Fußballvereine aus dem Kreis Düren ausgezeichnet, die sich in besonderem Maße für Integration und gegen Rassismus einsetzen. Der Gründer der Initiative, Jo Ecker, ist Mitbegründer des BgR Düren und der Initiative „Unser Merken gegen Extremismus, Rassismus und Gewalt“. Gleichzeitig ist Jo Ecker Mitglied im Sprecherkreis des BgR.

Zudem gibt es im Kreis Düren Maßnahmen des Kreissportbundes (KSB) im Bereich Rechtsextremismus- und Rassismusprävention. So z.B. das Projekt „Entschlossen weltoffen“ des Landessportbundes NRW, dessen Angebote von den Kreissportbünden und Sportvereinen genutzt werden kann. Darüber hinaus kann der KSB als fester Ansprechpartner für eine permanente Sensibilisierung im Sport genutzt werden und die Thematik an seine Mitglieder weitergeben.

Darüber hinaus hat der geschäftsführende Vorstand des KSB Düren in seiner Sitzung am 14.02.2018 einen Maßnahmenkatalog beschlossen, der als Beitrag des Sports zur Umsetzung

³⁰ Bundesministerium des Inneren (2015), Vorbilder. Sport und Politik vereint gegen Rechtsextremismus. Handreichung für die schulische und außerschulische Jugendarbeit, S. 5.
Diskussionspapier zum Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus für den Kreis Düren. (Stand: 04.04.2018).

des kommunalen Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus vorgesehen ist. Die Maßnahmenliste wird im Folgenden genannt:

Maßnahmen des Kreissportbundes Düren zur Umsetzung des kommunalen Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Kreis Düren

1. Bekanntgabe und Zuleitung des vom Kreistag des Kreises Düren verabschiedeten kommunalen Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus an alle Mitgliedsvereine, Sportfachverbände und Stadtsportverbände/Gemeindesportverbände im Kreis Düren. Hierdurch werden insgesamt ca. 400 Sportvereine und Institutionen des Sports erreicht. Die Zuleitung des Handlungskonzeptes erfolgt über die Geschäftsstelle des KSB Düren per Mail.
2. Hinweis auf der Homepage des KSB Düren als Partner des Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus mit der gleichzeitigen Möglichkeit der Kontaktaufnahme/Berichterstattung an die Koordinierungsstelle Sport des KSB Düren, sofern rechtsextremistische oder rassistische Ereignisse bei den einzelnen Mitgliedsorganisationen relevant werden (dauerhafte Einrichtung dieser Kontaktstelle zur Nachhaltigkeit dieses Verfahrens).
3. Zusätzliche Darstellung auf der Homepage des KSB Düren von Akteuren gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Rahmen der Netzwerkarbeit mit der Möglichkeit, bei entsprechenden Ereignissen zu vorstehender Thematik weitere Ansprechpartner zu finden.
4. Behandlung der Thematik „Kommunales Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ in dem vom KSB Düren jährlich entwickelten NEWSLETTER mit entsprechender Berichterstattung und Benennung von Kontaktadressen innerhalb des Netzwerkes.
5. Durchführung eines Kurz & Gut-Seminars „Entschlossen Weltoffen“ als zusätzliches Informationsangebot an alle Mitgliedsorganisationen unter der Federführung des Bildungswerkes des Landessportbundes NRW und Bereitstellung von kompetenten Referenten. Die Vertreter der Mitgliedsvereine haben die Möglichkeit, dieses Seminar kostenlos zu besuchen. Aus Gründen der Nachhaltigkeit wird vorgesehen, ein entsprechendes Seminar mindestens einmal jährlich anzubieten, wobei hierbei auch die Bedarfslage sowie die Aktionsfortsetzung durch den Landessportbund NRW berücksichtigt werden muss.
6. Vermittlung eines Referenten des Landessportbundes NRW zum Programm „Entschlossen Weltoffen“ oder entsprechender Nachfolgeprojekte für interne oder öffentliche Veranstaltungen der Handlungspartner, sofern die Thematik Rechtsextremismus/Rassismus behandelt wird.
7. Etablierung flächendeckender Stützpunktvereine im Rahmen des Programms „Integration durch Sport“ mit der Zielsetzung, Flüchtlingen/Asylbewerbern und Familien mit Migrationshintergrund den Zugang zu Sportvereinen zu ermöglichen und hierdurch präventive Signale gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu setzen.

6. Handlungsziele und Handlungsempfehlungen

a. Politik, Behörden, Polizei

Dieses Handlungsfeld richtet sich an Vertreter*innen aus der Politik und der Verwaltung im Kreis Düren. Zudem werden die Verantwortlichen und Mitarbeiter*innen in Behörden und bei der Polizei im Kreis Düren angesprochen.

Handlungsziele
Die Themen Rechtsextremismus- und Rassismusprävention wurden in bestehende Systeme und Netzwerkstrukturen von Politik, Verwaltung und Polizei eingebracht, um Mobilisierungsstrategien, Argumentationsmuster und Handlungen zu erkennen und darauf zu reagieren.
Es erfolgt eine systematische Sammlung und Dokumentation über extrem rechte Strukturen und Erscheinungsformen im Kreisgebiet.
Mitarbeiter*innen in Behörden kennen Handlungsstrategien um institutionellem Rassismus vorzubeugen und ggfs. entgegenzuwirken.
Es erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Umsetzung der Handlungsempfehlungen durch eine geeignete Stelle im Kreis Düren.

Handlungsempfehlungen
Es werden Beteiligungsforen durchgeführt, zu denen die Akteure aus Politik, Behörden und Polizei eingeladen werden, um den Handlungsbedarf gemeinsam zu erarbeiten.
Die Projektstelle beginnt mit der systematischen Sammlung und Dokumentation über extrem rechte Strukturen und Erscheinungsformen im Kreisgebiet, arbeitet die Ergebnisse auf und stellt sie zur Verfügung.
Der Kreis Düren nimmt im Rahmen einer Selbstverpflichtung an der „europäischen Städtekoalition gegen Rassismus“ teil.
Es gibt ein Informations- und Weiterbildungsangebot für Mitarbeiter*innen in Behörden des Kreises Düren, um institutionellem Rassismus vorzubeugen.
Die Umsetzung der Empfehlungen des Handlungskonzeptes wird in Form eines regelmäßigen Berichtes überprüft.

Offene Fragestellungen
Gibt es von Seiten der Mitarbeiter*innen in den Behörden einen speziellen Bedarf an Weiter – und Fortbildungsmaßnahmen im Bereich extreme Rechte und Rassismus?
Gibt es einen Bedarf an Argumentations- und Handlungstrainings im Umgang mit rechtspopulistischen Äußerungen in lokalen Gremien?
Sollte der Kreis Düren, bzw. die einzelnen Kommunen eine Positionsbestimmung gegen Rassismus und –Diskriminierung verfassen?
Inwiefern kann die Umsetzung des Handlungskonzeptes für den Kreis Düren überprüft werden? Welche Institution des Kreises kommt dafür infrage?

b. Zivilgesellschaft, Bündnisse, Vereine, Sport

In diesem Handlungsfeld werden Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft angesprochen, die im Bereich der Rechtsextremismus- und Rassismusprävention tätig sind. Ein wichtiges Ziel ist dabei ein stetiger Austausch und die Vernetzung der Akteure.

Handlungsziele
Der Austausch zwischen Politik, Behörden und Polizei auf der einen und zivilgesellschaftlichen Akteuren auf der anderen Seite wird intensiviert.
Die Migrantenorganisationen im Kreis Düren werden bei der Planung und Umsetzung von Konzepten gegen Rechtsextremismus und Rassismus mit einbezogen.
Kooperationen verschiedener Akteure, auch über kommunale Grenzen hinaus, werden angestrebt. Projekte, die in einer Kommune gut funktioniert haben, lassen sich im Sinne von „best practice“ möglicherweise auch in andere Kommunen übertragen.
Eine Kooperation mit angrenzenden Kreisen wird angestrebt, um auf entsprechende Aktivitäten der extrem rechten Szene besser reagieren zu können.
In den Sportvereinen des Kreises Düren wird ein sensibler Umgang mit Erscheinungsformen der extrem rechten Szene, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gepflegt.
Sportvereine beteiligen sich vermehrt an Aktionen und Projekten der Rechtsextremismus- und Rassismusprävention.

Handlungsempfehlungen
Es werden mindestens zwei Beteiligungsforen durchgeführt, zu denen u.a. die Akteure und Interessierten aus den zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Vereinen, sowie Akteure aus Politik, Behörden und Polizei eingeladen werden.
Es wird ein Workshop für die Aktiven und Interessierten aus der Zivilgesellschaft angeboten, um ihre Arbeit zu reflektieren und neue Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten.
Die Projektstelle sammelt Beispiele guter Praxis der Rechtsextremismus- und Rassismusprävention. Sie unterstützt Akteure bei der Planung und Umsetzung von Aktivitäten und bietet fachliche Unterstützung.
Die zivilgesellschaftlichen Bündnisse werden in die Netzwerkstruktur der NRWtoffen-Stellen im Regierungsbezirk Köln einbezogen und über Kreisgrenzen hinaus vernetzt.
Gemeinsam mit der Initiative „Fußballvereine gegen Rechts“ wird ein Workshop zur Evaluierung der Aktion „Vier Schrauben für Zivilcourage“ durchgeführt und der Handlungsbedarf erarbeitet.
In Kooperation mit dem KSB Düren erfolgt eine Verankerung der Projektinhalte in den Sportfachverbänden des Kreises.

Offene Fragestellungen
Gibt es Bedarf eines Netzwerktreffens aller Akteure aus den zivilgesellschaftlichen Bündnissen?
Wie können mehr präventive Elemente in die zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus integriert werden?
Wie kann eine stärkere Betonung positiver Aspekte und eine gesteigerte Aktivität im Bereich Demokratiestärkung und Menschenrechtsbildung herbeigeführt werden?

c. Beratungsstrukturen

Dieses Handlungsfeld bezieht sich auf die Beratungsstrukturen im Kreis Düren, die im Bereich Flucht, Migration und Integration tätig sind. Die Handlungsziele und Handlungsempfehlungen beziehen sich auf die Strukturen vor Ort sowie auf überregionale Beratungsstrukturen, die sich auf die Beratung von Betroffenen rechtsextremer Gewalt und Rassismus oder auf die Begleitung von Ausstiegsprozessen spezialisiert haben.

Handlungsziele

Regionale und überregionale Beratungsangebote und Anlaufstellen für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind den entsprechenden Zielgruppen bekannt.

Beratungsstellen im Bereich Migration und Integration im Kreis Düren sind für Probleme von Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt sensibilisiert und vermitteln ggfs. an überregionale Anlaufstellen.

Die Beratungsstrukturen sind untereinander bekannt und vernetzt, damit die jeweiligen Fälle an die geeigneten Anlaufstellen weitergeleitet werden können.

Bei konkreten Problemlagen werden sowohl die Behörden, als auch die Beratungsstellen mit einbezogen. Die Entscheidung ist situationsabhängig und liegt letztendlich bei der betroffenen Person.

Die betroffenen Personen und Gruppen sind in die Konzeption und Durchführung von Bildungs- und Präventionsmaßnahmen einzubeziehen.

Handlungsempfehlungen

Regionale und überregionale Beratungsangebote und Anlaufstellen werden durch die Projektstelle gesammelt und zielgruppenspezifisch aufgearbeitet. Die Ergebnisse werden den lokalen Beratungsstellen zur Verfügung gestellt.

Beratungsstellen für (potentielle) Aussteiger aus der rechten Szene werden durch die Projektstelle gesammelt. Die Ergebnisse werden den lokalen Beratungsstellen zur Verfügung gestellt.

Öffentlichkeitsarbeit für Beratungsangebote sollte in verschiedenen Sprachen erfolgen. Die Angebote sollten niemanden aufgrund von Sprache ausschließen.

Auf der Website des Dürener Bündnisses gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt wurde ein Formular zur Meldung von Diskriminierungsfällen eingerichtet. Die Ergebnisse werden aufgearbeitet und sollen in die Konzeption von Bildungs- und Präventionsmaßnahmen einfließen.

Offene Fragestellungen

Gibt es im Kreis Düren Bedarf an Stärkungsangeboten für Betroffene rechter Gewalt und rassistischer Diskriminierung?

Gibt es Bedarf an Weiter- und Fortbildungsangeboten im Bereich Rechtsextremismus und Rassismus für die Mitarbeiter*innen in den Beratungsstrukturen im Kreis Düren?

Wie kann die Betroffenenperspektive noch stärker in die Entwicklung von Beratungsstrukturen eingebracht werden?

d. Jugendarbeit

In diesem Handlungsfeld werden Einrichtungen der offenen und mobilen Jugendarbeit und Mitarbeiter*innen, Betreuer*innen, Eltern und Jugendliche angesprochen.

Handlungsziele

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit werden verstärkt in den Netzwerkstrukturen der Jugendarbeit im Kreis Düren verankert.

Es findet ein Austausch der Jugendreinrichtungen über Handlungsmöglichkeiten bei Problemlagen mit rechter Gewalt oder gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit statt.

Im Kreis vorhanden „best-practice“-Beispiele der Rechtsextremismus- und Rassismusprävention in der Jugendarbeit werden gestärkt und bekannt gemacht.

Handlungsempfehlungen

Das Projekt wird in den Netzwerkstrukturen der Jugendarbeit vorgestellt und Materialien zur Rechtsextremismus- und Rassismusprävention mit Jugendlichen werden bereitgestellt.

Gemeinsam mit den Jugendämtern aus Stadt und Kreis Düren wird ein Workshop für die Mitarbeiter*innen der Jugendeinrichtungen organisiert, um den Handlungsbedarf und Handlungsoptionen gemeinsam zu erarbeiten.

Die im Kreis Düren vorhandenen Maßnahmen und Beispiele guter Praxis der Rechtsextremismus- und Rassismusprävention werden durch die Projektstelle gesammelt und anderen Einrichtungen zur Verfügung gestellt.

Offene Fragestellungen

Wie können im Bereich der Jugendarbeit Multiplikator*innen geschaffen werden? Gibt es Bedarf an Qualifizierungen in dem Bereich?

Wie können Angebote im Bereich Demokratiestärkung und Menschenrechtsbildung stärker in die Jugendarbeit integriert werden?

e. Schulen, Kitas, Erwachsenenbildung

Dieses Handlungsfeld richtet sich an Schulen, Kitas und Erwachsenenbildungsstätten im Kreis Düren. Angesprochen werden Schüler*innen, Schulleitungen, Lehrer*innen, Eltern und Mitarbeiter*innen.

Handlungsziele

In den Schulen und Kitas im Kreis Düren findet ein sensibler Umgang mit Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit statt.

Schulen bieten Module und Inhalte der Demokratieförderung und Menschenrechtsbildung an.

Die Erwachsenenbildungsstätten im Kreis nehmen mehr Module und Inhalte aus den Bereichen Rechtsextremismus- und Rassismusprävention, sowie Demokratiestärkung und Menschenrechtsbildung in ihre Programme auf.

Bibliotheken und Büchereien im Kreis Düren werden mit Literatur zum Thema Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ausgestattet.

Handlungsempfehlungen

Schulen im Kreis Düren werden dazu ermutigt sich um die Auszeichnung „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ zu bemühen und eine demokratische Kultur in der Schule zu stärken.

Es erfolgt eine Sammlung von Kontaktpersonen für „SoR-SmC“ an den Netzwerkschulen im Kreis. Zudem die Bereitstellung von Informationen über Kontaktpersonen und Aktivitäten der Schulen auf der Website des KI Düren.

Schulen werden dazu ermutigt Multiplikator*innen auszubilden, die im Umgang verschiedene Erscheinungsformen der extrem rechten Szene und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geschult sind.

Die Themen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit werden in Kooperation mit dem KI des Kreises Düren in die Netzwerkstrukturen der Kitas im Kreis Düren eingebracht. Gemeinsam mit der Projektstelle werden der Bedarf ermittelt und entsprechende Angebot entwickelt und vermittelt

Die Projektstelle erstellt einen Pool an Modulen und Inhalten, sowie an entsprechenden Referent*innen und stellt ihn den Erwachsenenbildungsstätten zur Verfügung.

In Zusammenarbeit mit der Projektstelle wird eine Literaturliste angefertigt und die Bibliotheken werden je nach Bedarf ausgestattet.

Offene Fragestellungen

Inwiefern erhalten Kitas Informationen über diskriminierungssensible Kinderbücher und Spielzeuge, um auf problematische Inhalte reagieren zu können?

Gibt es Bedarf an einer Bereitstellungen von einschlägigen Materialien zu den Themen Rechtsextremismus- und Rassismusprävention, sowie Demokratiestärkung und Menschenrechtsbildung für Schulen?

Wie kann eine stärkere Gewichtung der Themen Rechtsextremismus- und Rassismusprävention, sowie Demokratiestärkung und Menschenrechtsbildung in den Erwachsenenbildungsstätten verankert werden?

f. Öffentlichkeitsarbeit

In dem Handlungsfeld „Öffentlichkeitsarbeit“ werden Akteure aus allen genannten Handlungsfeldern angesprochen und ermutigt, sich an einer umfassenden Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Rechtsextremismus und Rassismus zu beteiligen.

Handlungsziele

Rassismus wird als gesamtgesellschaftliches Phänomen wahrgenommen und in den jeweiligen Handlungsfeldern ständig thematisiert.

Es gibt ein breites Informationsangebot über aktuelle Erscheinungsformen, Inhalte und Symboliken der extremen Rechten. Jugendliche sind in der Lage Symbolik und Codes der Szene zu erkennen.

Beratungsstrukturen für Betroffene von extrem rechter Gewalt und Rassismus sind den Betroffenen bekannt. Betroffene kennen das Formular zur Meldung von Diskriminierungsfällen.

Handlungsempfehlungen

Der Kreis Düren verfasst eine Positionsbestimmung zu dem Umgang mit Rassismus, um Alltagsrassismus und institutionellen Rassismus vorzubeugen.

Regionale und Überregionale Erscheinungsformen der extremen Rechten werden dokumentiert und die Informationen werden öffentlich zugänglich gemacht. Es erfolgen regelmäßige Informationen über aktuelle Erscheinungsformen für die Bildungsarbeit im Kreis Düren.

Es erfolgt eine gesteigerte Öffentlichkeitsarbeit für Informationen über Beratungsangebote für Betroffene von extrem rechter Gewalt und Rassismus und das Formular zur Meldung von Diskriminierungsfällen.

Offene Fragestellungen

Wie können die Themen Alltagsrassismus und institutioneller Rassismus stärker in den öffentlichen Fokus gerückt werden?

Durch welche Fachstelle kann ein Informations- und Bildungsangebot im Bereich Rechtsextremismus und Rassismuskritik dauerhaft koordiniert und öffentlichkeitswirksam angeboten werden?

Gibt es im Kreis Düren den Bedarf einer Antidiskriminierungsstelle, die spezielle Beratung bei rassistischer Diskriminierung und anderen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit anbietet?